

339/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 10.02.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heinzl
und GenossInnen

betreffend der Anhebung des Kilometergeldes im Ausmaß der Mineralölsteuersenkung für Diesel für die Landwirtschaft sowie der 30%igen Erhöhung des Pendlerpauschale

Seit dem Jahr 1997 ist das amtliche Kilometergeld von derzeit 36 Cent pro Kilometer nicht mehr angehoben worden.

In der gleichen Zeit haben sich die Kosten für die Autofahrer durch Autobahnvignette, Preissteigerungen bei den Kraftstoffen mit der mitsteigenden Mehrwertsteuer sowie gestiegene Abgaben, wie die Mineralölsteuer, um zumindest 30 Prozent erhöht.

Die derzeit 36 Cent pro beruflich gefahrenem Kilometer reichen nicht mehr aus, alle tatsächlich anfallenden Kosten zu decken. Auch die von der Bundesregierung jüngst angekündigte, aber noch längst nicht beschlossene Erhöhung des Kleinen und Großen Pendlerpauschale für die Berufspendler um jeweils 15 Prozent ist hier nur ein „Tropfen auf dem heißen Stein“

Für die Landwirtschaft, zweifelhaft eine dieser Regierung am nächsten stehenden Berufsgruppe, kündigen ÖVP und FPÖ jedenfalls eine Senkung der Mineralölsteuer auf Diesel im Ausmaß von nicht weniger als 50 Millionen Euro an.

Die Steuerausfälle dieser Maßnahme für die Landwirtschaft werden wieder einmal auf die Autofahrer und Berufspendler übergewälzt. - Denn die Mineralölsteuer für die „normalen Autofahrer“ wurde seit Jahresbeginn gleich vorab massiv angehoben. Die Mineralölsteuer für entschwefelten Diesel und entschwefeltes Benzin wurde inklusive Umsatzsteuer pro Liter um 2,4 Cent bzw. 1,2 Cent erhöht. Auch die Abgaben für schwefelhaltige Treibstoffe steigen - nämlich um 4,2 Cent bei Diesel und um 3 Cent für Benzin. Dieser "Raubzug" in die Brieftaschen der Autofahrer muß ein Ende haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in einer Regierungsvorlage die erforderlichen rechtlichen Grundlagen mit der Zielsetzung zu erarbeiten, um angesichts der jahrelangen Verschleppung das amtliche Kilometergeld um zumindest 4 Cent pro Kilometer zu erhöhen. Ebenso sind das Kleine und Große Pendlerpauschale nicht wie in den Regierungsplänen vorgesehen um 15 Prozent, sondern zumindest um 30 Prozent anzuheben. Damit soll sichergestellt werden, dass die Autofahrer und damit auch hunderttausende Berufspendler nicht massiv ausgeplündert werden, während es sich offenbar andere Berufsgruppen, wie z.B. die Landwirtschaft, richten können.

Zuweisungsvorschlag: Finanzausschuß